

nach politischer Autonomie, die Amina Rasul und Surin Pitsuwan vor allem als vollständige politische Partizipation sehen. Amina Rasul und Surin Pitsuwan stellten die Frage der Teilnahme und der Angehörigkeit am Schicksal und der Entscheidungsfindung in den Nationalstaaten in das Zentrum ihrer Ausführungen. Beide Sprecher fühlen sich nicht nur von chauvinistischen nationalisistischen Positionen innerhalb der Nationalstaaten angegriffen, sondern auch vom "eigenen" radikalen Spektrum innerhalb der islamischen Gesellschaften.

Der Rezensent hat sehr viel von dem Austausch der Positionen des gesamten politischen Spektrums am "runden" Tisch profitiert. Er hätte sich nur eine stärkere Profilierung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Fragen der Geschlechterverhältnisse und insbesondere eine stärkere Repräsentation von Frauen wie Amina Rasul gewünscht. Der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Manila, Klaus Preschle, ist zu der gelungenen Tagung zu gratulieren. Die Präsentationen werden in einem Tagungsband zusammengefasst und werden in Kürze online unter der Adresse [www.kaf.ph](http://www.kaf.ph) zur Verfügung stehen.

Alexander Horstmann

## Tagung "Kultur- und Regionalwissenschaften in Deutschland und die neuen Studiengänge"

Freiburg, 15.-16.12.2005

"Droht ein Ende des interkulturellen Dialogs?" Mit diesem Szenario hatte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 120 Vertreter der sich mit Regionen der so genannten Dritten Welt befassenden Regional- und Kulturwissenschaften am 15. und 16. Dezember nach Freiburg geladen. Tatsächlich stehen die Fächer durch Mittelkürzungen, Konzentrationsprozesse und vor allem die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge vor teils existenzbedrohenden Herausforderungen – der Druck zur Reform bringt aber auch Chancen zur Neuaufstellung mit sich.

"Regional- und Kulturwissenschaften haben einen großen Wert an sich, sie sind eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Studienbereichen", bescheinigte der Rektor der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität, Wolfgang Jäger, den Disziplinen. Er verwehrt sich gegen die "kurzsichtige politische Betrachtung", deren Angebot bloß quantitativ zu betrachten und ohne Berücksichtigung des Gesamtprofils der Universität diese an einzelnen Standorten zu konzentrieren: "Der Idee einer in Forschung und Lehre vernetzten Universitas entspricht das nicht". Während bei einigen in Deutschland nur noch selten vertretenen Fächern wie der Mongolistik eine solche Konzentration noch als "Artenschutz" dienen könne, warnte Professor Jürgen Rüländ vom Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg bei den besser aufgestellten Disziplinen vor einem "Kahlschlag". Eine mögliche negative Folge einer solchen übermäßigen Konzentration wäre, dass ein Ökonom oder Politologe mit Asienspezialisierung nur noch an Universitäten berufen werde, die auch über ein Asienzentrum verfügten.

Eine gewisse Breite soll also erhalten bleiben. Wie eine inneruniversitäre Zentrenbildung erfolgreich praktiziert werden kann, schilderte Wolfgang Jäger am Beispiel der Universität Freiburg. So sei man dabei, die Asienwissenschaften durch ein neu zu schaffendes Asienzentrum zu verankern. Weiterhin arbeite Freiburg daran, innovative internationale englischsprachige Studiengänge einzurichten. Als Beispiel für den Ansatz, nicht nur *zu*, sondern auch *mit* einer Region zu arbeiten, nannte Jäger das Institut für Völkerkunde, das mit der Gadjah Mada-Universität in Yogyakarta, Indonesien, im Tandemverfahren ein gemeinsames Lehrfor-

schungsprojekt angeboten habe. Vor allem im Hinblick auf die Berufschancen der Absolventen sei eine verstärkte Ausrichtung auf gegenwartsbezogene Themen etwa in der Islamwissenschaft notwendig.

Während mit solchen Initiativen die Position der Fächer verbessert werden kann, stellt ausgerechnet der einer weiteren Internationalisierung dienende Bologna-Prozess mit seiner Einführung von Bachelor-(B.A.-) und Masterstudiengängen sie vor teils existenzbedrohende Schwierigkeiten. So stellt sich die Frage, wie die Grundlagen des Faches, das als unerlässlich betrachtete Erlernen einer Sprache, Berufspraktika und Auslandsaufenthalte, in gerade mal sechs Semestern absolviert werden können. Professor Gudrun Krämer von der Freien Universität Berlin sah die Gefahr, dass Universitäten in diesen Bereichen nur noch die weiterführenden Masterstudiengänge anbieten und die Fächer ohne die notwendigen Grundlagen "schleichend austrocknen und schließlich völlig von der Bildfläche verschwinden". Professor Gerhard Stilz von der Universität Tübingen und Sprecher für den Vorstand der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) empfahl daher, die bis zu acht Semestern reichende Spannweite für die B.A.-Studiendauer verstärkt auszureizen. Möglich sei auch, so DAAD-Generalsekretär Christian Bode, eine "3+1"-Variante, indem das zusätzliche Jahr den Auslandsaufenthalt, eventuell mit Praktikum, umfasst.

Im Laufe der Tagung wurden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Definition des Fachbereiches sichtbar. So wandte sich Hans-Jürgen Puhle, Universität Frankfurt und Mitglied der AG Regionalstudien des Wissenschaftsrats (WR), gegen die Verwendung des Begriffes "Regionalwissenschaften". Dieser suggeriere, es handele sich hierbei um eigene Wissenschaften. Diese blieben aber bei aller weiterführenden Bündelung und Ergänzung Fachdisziplinen und spezialisierte Regionalforschung, aber keine neuen Wissenschaften. Prof. Dr. Howard Wiarda von der University of Georgia, Atlanta, sprach sich für eine neue Betrachtungsweise der Regionalwissenschaften aus, da der historisch geprägte Regionenbegriff oftmals nicht mehr zutrefte – beispielsweise sei Chile in ökonomischer Hinsicht enger im asiatisch-pazifischen Raum integriert als in Lateinamerika. Kulturelle Hybridisierung und Diaspora-Bildung durch Migration lassen den klassischen, primär geographisch ausgerichteten Regionenbegriff ebenfalls unscharf werden.

Kernstück der Freiburger Tagung war die Erarbeitung neuer Leistungs- und Anforderungsprofile in regionalspezifischen Arbeitsgruppen. Ihre Ergebnisse sind in ein "Freiburger Memorandum zur Zukunft der Regionalstudien" eingeflossen, das mittlerweile veröffentlicht wurde (siehe dazu den Infoteil in dieser Ausgabe). Der Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Freiburg, Professor Herrmann Schwengel, betonte, dass man offen sei für die Synergieeffekte einer Zentrenbildung, allerdings dürfe bei dieser nicht nur der Spargedanke im Vordergrund stehen – wichtig sei die Sicherung einer "kritischen Masse" bei der personellen und materiellen Ausstattung. Weiterhin sollen die Regionaldisziplinen sich bei aller Eigenständigkeit stärker in den "Mutterdisziplinen" wie Ökonomie, Politikwissenschaft oder Geschichte verorten. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich auch gegen die geplante Angleichung der Fachhochschulen aus, die ihre spezifischen Profile behalten sollen.

Da bei den Regionalwissenschaften die Einführung der neuen Studiengänge oft noch am Anfang steht, hat die "Freiburger Erklärung" gute Chancen, auf diesen Prozess einzuwirken. Sie sollte nach den Vorstellungen von DAAD-Generalsekretär Christian Bode Anknüpfungspunkt für einen intensiveren Dialog der in Freiburg vertretenen Disziplinen mit Förderorganisationen, insbesondere der DFG, sein. In ein bis zwei Jahren ist eine Folgekonferenz in Zusammenarbeit mit dem DAAD geplant.